

1 Die Mitgliederversammlung des Juso-Unterbezirks Bremen-Stadt möge beschließen:

2 Die Juso-Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

3 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

4

## 5 **A4 Mein Gender gehört mir! Selbstbestimmung bei der Geschlechtswahl** 6 **ermöglichen**

7

8

9 Das aktuell geltende Transsexuellengesetz (TSG) stammt zu großen Teilen aus dem Jahr 1980. Stellte  
10 es damals eine wichtige Neuerung dar, ist es mittlerweile überholt und mit Blick auf die in den letzten  
11 Jahrzehnten veränderten gesellschaftlichen Sichtweisen nicht mehr zeitgemäß. Daher fordern u.a.  
12 Interessenvertretungen seit Jahren Reformen, was durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts  
13 unter Verweis auf die Grundrechte ebenfalls bestärkt wird.

14

15 Durch die aktuellen Regelungen werden zum einen Trans\*-Personen mit vermeidbaren Hürden  
16 konfrontiert und zum anderen bestimmte Stereotype über die Geschlechter weiblich und männlich  
17 in der gesamten Gesellschaft fortgeschrieben. Im bisherigen Verfahren ist ein Antrag beim Gericht  
18 zur Vornamen- und Personenstandsänderung nötig und beinhaltet eine dreijährige Wartezeit vor  
19 einer Genehmigung. Dies ist aus mehreren Punkten zu kritisieren: Einmal kann das eine enorme  
20 psychische Belastung für die betroffenen Trans\*-Personen darstellen. Daneben fallen von  
21 Antragssteller\*innen zu tragende, erhebliche finanzielle Kosten (u.a. für den Anruf des Gerichts und  
22 die Gutachten) an, laut LSVD im Durchschnitt 1.868€<sup>1</sup>. Das mögliche Beantragen von finanzieller  
23 Unterstützung zum Stemmen dieser Kosten führt zu zusätzlichen bürokratischen Schritten.

24

25 Teil der im bisherigen Verfahren erforderlichen Gutachten sind sogenannte  
26 Alltagstauglichkeitsbeweise. Dabei wird von Trans\*-Personen erwartet, ihr Wunsch-Geschlecht z.B.  
27 durch die Kleidungswahl zu beweisen, also auf möglichst stereotypes Verhalten geachtet und dieses  
28 sogar provoziert. So werden durch das bisherige Verfahren bestehende gesellschaftliche  
29 Rollenbilder noch verstärkt - in einer Situation, in der es gerade möglich wäre, sie zu durchbrechen.  
30 Weiterhin ermöglicht das bisherige Verfahren kaum selbstbestimmtes Entscheiden mehr, sondern

<sup>1</sup>Quelle: <https://www.lsvd.de/recht/ratgeber/transgender/ratgeber-zum-transsexuellengesetz.html>

31 erzeugt eine Abhängigkeit von Dritten wie den bislang notwendigen Gutachter\*innen und somit  
32 mehr Druck. Auf diese Weise wird einfaches Schubladendenken wie eine vermeintlich eindeutige  
33 binäre Einteilung in Geschlechter anhand von körperlichen Merkmalen fortgeschrieben, statt  
34 Menschen die Entscheidungshoheit über sich selbst einzuräumen.

35

36 In der gesamten Gesellschaft müssen bislang bestehende Geschlechterrollen, also angeblich typisch  
37 weibliches oder männliches Verhalten oder Eigenschaften, stärker als bislang hinterfragt und  
38 langfristig abgeschafft werden. Allerdings fehlt es hierfür bislang an einer breiten gesellschaftlichen  
39 Aufklärung bspw. durch und in Bildungseinrichtungen. Fraglich ist zudem, ob und warum der Staat  
40 überhaupt das Geschlecht seiner Bürger\*innen kennen muss.

41

42 Um die Lage von Trans\*-Personen zu verbessern, muss eine Geschlechtsangleichung selbstbestimmt  
43 möglich sein. Das gilt sowohl für die bürokratische Ebene, bei der Vornamen und Geschlechtseintrag  
44 auf Dokumenten geändert werden müssen, als auch für die medizinische Ebene, in der es um die  
45 operative Geschlechtsangleichung geht. Es braucht außerdem Beratungsangebote, die  
46 bedarfsorientiert und ohne Bevormundung durch diesen Prozess begleiten können. Der Staat hat  
47 nicht zu entscheiden, welchem Geschlecht jemand angehört.

48

49 Deswegen darf eine gesetzliche Regelung nicht verbieten und auch keine Hürden aufbauen, sondern  
50 muss ein Verfahren festlegen, das es Trans\*-Personen ermöglicht, ihr Geschlecht nach ihrem  
51 eigenen Wunsch sowohl auf dem Papier als auch operativ ändern zu lassen. Dazu gehört es,  
52 Bürger\*innen in ihren eigenen Lebensweisen ernst zu nehmen, statt krampfhaft zu versuchen, eine  
53 veraltete binäre Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten, in der das Geschlecht eines Menschen  
54 durch die biologischen Geschlechtsmerkmale von außen - also nicht durch sie\*ihn selbst - als Frau  
55 bzw. Mann bestimmt wird.

56

57 Wir fordern daher, dass eine amtliche Geschlechts- und Vornamensänderung auf Antrag immer  
58 möglich sein muss. Das dazugehörige Verfahren muss schnell und unbürokratisch sein. Es ist nicht  
59 nachvollziehbar, warum für eine solche Änderung Gerichte eingeschaltet werden müssen. Wir  
60 wollen, dass die Namensänderung beim Amt ohne übermäßige Kosten mit einem einfachen  
61 Verfahren möglich ist. Dazu gehört auch, dass die Geschlechtsoption „divers“ auch Menschen  
62 offensteht, die nach ihren biologischen Merkmalen eindeutig einem Geschlecht zuordenbar sind,  
63 also nicht nur für intersexuelle Menschen.

64 Die bislang nötigen Zwangsgutachten tragen in keiner Weise zu einem selbstbestimmten Verfahren  
65 bei. Stattdessen braucht es feste Ansprechpersonen, die Trans\*-Personen durch diesen Prozess  
66 unterstützend begleiten, aber selbst keinen Einfluss auf das Ergebnis haben dürfen. Nur so kann das  
67 nötige Vertrauensverhältnis zur betreffenden Person aufgebaut werden. Auf der medizinischen Seite  
68 geht es um Hormontherapie und operative Eingriffe. Damit die Krankenkassen die Kosten für diese  
69 Eingriffe übernehmen, muss der Wunsch nach Geschlechtsangleichung bislang als Krankheit  
70 diagnostiziert werden. Eine solche stigmatisierende Benennung ist falsch. Eine  
71 Geschlechtsangleichung ist aber auch auf keinen Fall ein rein ästhetischer Eingriff. Daher fordern wir,  
72 dass die Krankenkassen ihre Regelungen zur Kostenübernahme bei Geschlechtsangleichung  
73 überarbeiten und deutlich weniger Hürden setzen. Auch hier kommt es darauf an, seinen  
74 Mitmenschen zu vertrauen und ihnen zuzutrauen, dass sie die richtigen Entscheidungen für sich und  
75 ihren Körper treffen können. Der medizinische Umgang mit intersexuellen Personen wirkt wie die  
76 andere Seite eines Paradoxes. Während es Trans\*-Personen sehr schwer haben, eine  
77 Geschlechtsangleichung vorzunehmen, wird das Geschlecht von intersexuell geborenen Kindern oft  
78 noch im Säuglingsalter an eines der binären Geschlechter angepasst. Das passiert offensichtlich  
79 ohne eine eigene Einschätzung des Kindes. Auch hier wird also auf ein gesellschaftliches Idealbild  
80 mehr Wert gelegt, als auf die Selbstbestimmung der betroffenen Person. Die Angleichung des  
81 Geschlechts eines Kindes ohne dessen Einwilligung ist daher als Körperverletzung zu werten.

82

83 Im Alltag sind Trans\*-Personen immer wieder Diskriminierung ausgesetzt. Besonders am  
84 Arbeitsplatz kann man so auch in existenzbedrohende Situationen kommen. Darum ist es wichtig,  
85 dass sich Trans\*-Personen über ihre Rechte aufklären können und eine Stelle haben, an die sie sich  
86 wenden können. Solche queeren Antidiskriminierungsstellen müssen flächendeckend vorhanden  
87 sein. Sie sollen Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten anbieten, aber auch Statistiken anlegen  
88 und auswerten, denn es braucht Informationen über Diskriminierung, um sie nachhaltig bekämpfen  
89 zu können. Außerdem sollen Strafverfolgungsbehörden besser dafür ausgestattet und geschult  
90 werden, gegen Verstöße gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vorzugehen. Die  
91 vorhandene Rechtslage muss besser durchgesetzt werden.

92

93 Gerade bei offiziellen Ausweisdokumenten ist es wichtig, dass sie im Ausland auch anerkannt und  
94 verstanden werden. Auch wer in Deutschland als Geschlechtsoption „divers“ hat, hat das Recht, in  
95 der EU überall leben und arbeiten zu können. Das muss aber möglich sein, ohne dort auf einem  
96 Dokument ein anderes Geschlecht angeben zu müssen. Daher fordern wir, auf eine EU-weite

97 Regelung für eine dritte Geschlechtsoption und die einfache Namens- und Geschlechtsänderung  
98 hinzuwirken. All diese Punkte zeigen, dass eine Reform der gesetzlichen Grundlagen nötig ist, die die  
99 Selbstbestimmung von Trans\*-Personen in den Mittelpunkt rückt und sie unterstützt, statt ihnen  
100 zusätzliche Hürden zu errichten.